

Deutschland.

Berlin, 18. Februar. Die Abstriche, welche
 die Budgetkommission des Reichstags am Mitt-
 woch vorgenommen hat, betreffen sich insgesamt
 auf 10203 060 Mark.

— An die Mitglieder des deutschen Handels-
 tages hat das Präsidium desselben folgende Mit-
 theilung gerichtet:

„Im Reichstag ist vor wenigen Tagen der
 Antrag eingebracht worden: „An die verbündeten
 Regierungen das Ersuchen zu richten, dieselben
 wollen baldmöglichst Einladungen zu einer Münz-
 konferenz ergehen lassen, behufs internationaler
 Regelung der Währungsfrage.“ — Wir halten es
 für erforderlich, der Erwägung des am 21. d. M.
 zu einer Sitzung zusammenzutretenden Ausschusses
 die Frage zu unterbreiten, ob es geboten erscheint,
 jenen Antrag in der Plenarversammlung zur Be-
 ratung zu ziehen, und werden nach der Ent-
 scheidung des Ausschusses die Tagesordnung der
 Plenarversammlung event. ergänzen.“

— Der Finanzminister soll, der „D. Tages-
 Zeitung“ zufolge, beabsichtigen, den Verkauf der
 Loose zur preussischen Klassenlotterie den kün-
 ftigen Kreisrentmeistern zu übertragen. Der „D.
 Tages-Zeitung“ wird dazu noch weiter ge-
 schrieben:

„Dies würde nach mehreren Seiten hin
 nützlich sein. Zunächst würden dadurch viele
 kleinere Städte Verkaufsstellen erhalten und dem
 Staate würden die nicht unerheblichen Ver-
 waltungskosten zum weitaus größten Theil gespart
 werden. Daneben würden, was sicher noch mehr
 ins Gewicht fällt, die mit dem Verkauf solcher
 Loose oft verbundenen Ungehörigkeiten wegfallen.
 Es wird deshalb dieser Gedanke in jeder Be-
 ziehung warm begrüßt und zugleich weiter em-
 pfohlen: auch die Stellen der Domänen-Rent-
 meister aufzuheben und deren Geschäfte den Krei-
 rentmeistern zu übertragen, weil auch hierdurch
 ein erheblicher Besoldungs- und Dienstkostenbetrag
 gespart werden könnte.“

— Die königliche Akademie der Künste hat
 den Hiesigen Bismarck zum Ehrenmitglied ge-
 wählt. Diese Wahl hat die Befestigung ge-
 funden.

— Der deutsche Generalkonsul in Kairo,
 Baron v. Heyling, hat von der ägyptischen Re-
 gierung eine befriedigende Erklärung erhalten, aus
 seiner Beschwerde über den Polizeibeamten, der den
 Kaiser der Generalkonsulats, wie vor einigen
 Tagen berichtet, geschlagen hatte. Der Minister
 des Auswärtigen, Boutros-Pacha, sprach dem
 Generalkonsul sein Bedauern über den Vorfall aus
 und theilte ihm mit, daß der Polizeibeamte seine
 Instruktion nicht verstanden habe und bestraft
 worden sei.

— Einen überaus stürmischen Verlauf nahm
 eine am Freitag Abend von der „Deutschen
 Antisemitischen“ nach der „Sonhalle“ einberufene
 Versammlung, in welcher die antisemitische Frak-
 tion des Reichstags durch die Abgg. Zimmermann
 und Vöckel von Sonnenberg ihre Absage an
 Vöckel und Dr. Bödel zu recht fertigen ver-
 suchten. Beide feindlichen Parteien waren in fast
 gleicher Stärke erschienen, gegen 2000 Mann
 stark. Die „Fraktion“ war vollständig anwesend;
 sie nahm auf dem Podium Platz, während Dr.
 Bödel, Vöckel und von Mosch inmitten ihrer
 „Genossen“ im Saale sich niedergelassen hatten.
 Als Abg. Zimmermann zunächst das Wort erhielt,
 entstand ein großer Lärm, stürmische Rufe: „Zur
 Geschäftsordnung!“ ertönten. In den Lärm hinein
 rief der Vorsitzende, daß sich der Vorstand seine
 Geschäftsordnung selbst mache. (Beifallstürme.)
 Abg. Zimmermann erklärte, Althardt habe
 hier in Berlin die Fraktion in der bestmöglichen
 Weise angegriffen, so daß zweifellos sei, daß er die
 in verschiedenen Zeitungsberichten enthaltenen Be-
 weisungen über die Fraktion bezug. die Mitglieder
 derselben auch in Bayern gethan. In energischer
 Weise verurtheilt Herr Zimmermann die Fraktion
 gegen den ihr von Dr. Bödel gemachten Vorwurf,
 eine „Partei“ zu sein. Er habe diesen Vor-
 wurf Anfangs nur als einen schlechten, auf ihn
 gemünzten Scherz angesehen, weil er auf dem
 Hofe wohne. (Stürmische Heiterkeit.) Als Herr
 Zimmermann hierauf scharfe Angriffe gegen Bödel
 richtete, daß derselbe durch sein Auftreten in Dessen
 der ganzen antisemitischen Partei geschadet, und
 auf die ehrenrührige Angelegenheit hinweisend
 bemerkte, daß ihm jetzt noch Zuschriften zugegangen,
 welche die Bödel gemachten Vorwürfe bestätigen,
 erhebt sich von Neuem ein großer Lärm. Die
 Fraktion habe keinerlei Reaktionsgelüste, wohl aber
 könne er einen Herrn, der sofort nach seinem Aus-
 schluss einen konfessionellen Herrn aufsucht, um
 Geld für sein Blatt zu erlangen, das er mit
 Herrn Dr. Bödel herausgeben wollte (Rufe: Ah!)
 und als er dieses nicht erhielt, da wurde die
 Lösung ausgegeben: „Nun drunter und drüber!“
 (Große Bewegung.) Die Entscheidung habe im
 Reich liberal Zustimmung gefunden, und er hoffe,
 daß sich auch in Berlin — trotz aller Ausgebots
 deutscher Wirtschaftler (Lärm) — die Meinung
 wieder klären werde. Als nunmehr Abg. v. Vöckel
 das Wort zu ergreifen wollte, erhielt er ein
 minutenlanges furchtbares Lärm. Dr. Bödel ver-
 langte das Wort: „Zur Geschäftsordnung!“ und
 wurde von seinen Anhängern in diesem Begeh-
 re kräftig unterstützt, daß die Glocke des Vor-
 sitzenden und die Stimme Vöckel's machlos
 verhallten. Die Versammlung mußte auf fünf
 Minuten vertagt werden, um einer Auflösung zu
 entgegen. In höchstem Maße bemerkte Herr v.
 Vöckel: Es sei das Gerücht verbreitet worden,
 daß er wegen der Angriffe, die Dr. Bödel gegen
 ihn gerichtet, denselben gefordert habe, dieses Ge-
 rücht müsse er dementiren. Er habe keine
 Forderung an Dr. Bödel ergehen lassen, weil er
 diesen als einen grundsätzlichen Gegner des Duelle
 kenne und man eine Forderung daher als
 bramarbasierend hätte erachten können. Sollte
 Herr Dr. Bödel hierin aber seine Ansicht geändert
 haben, so könnten sie sich ja nach gerichtlicher
 Klarstellung der Angelegenheit weiter sprechen.
 Herr v. Vöckel warf einen Blick auf die
 ganze antisemitische Bewegung, um zu beweisen,
 daß er stets ohne jedes Selbstinteresse dafür ein-
 getreten sei, während Bödel und Althardt sich
 von selbstherrschaftlichen Interessen hätten leiten lassen.
 Althardt habe sich schon gerichtet, als er im
 Reichstage seine Enthüllungsschelte, die ein
 Anderer gemacht, und ohne daß er seine sogenannten
 „Athen“ auch nur kannte. Mit einem solchen
 Manne könne er nicht zusammengehen. (Beifall
 und Lärm.) Nunmehr erhielt Dr. Bödel das
 Wort, der in längerer oft durch Zwischenrufe und
 Lärm unterbrochener Rede für Althardt eintrat

und Vöckelmann scharf angriff. Es sprachen dann
 noch die Abgg. Gräfe und Werner sowie nochmals
 v. Vöckelmann gegen Bödel und Althardt, anderer-
 seits v. Mosch und Stein gegen Vöckelmann, dessen
 konfessionelle Gesinnung bekannt sei, und der die
 Partei den Konfessionellen zuführen solle. Als der
 Antisemit Bödel das Wort ergriß, rief der
 Gastwirth Bödel in die Versammlung hinein:
 Was der quasselt, kann kein anständiger Mensch
 mit anhören! Sämtliche Anhänger von Bödel-
 Bödel-Althardt verließen hierauf unter betäubendem
 Lärm und dem Gesänge: Deutschland, Deutschland
 über Alles, den Saal. Von den
 Zurückgebliebenen wurde dann, nachdem noch einige
 kleinere Reden und zwei vom Vorsitzenden
 veranlaßte Sitzungen stattgefunden, um 11/2 Uhr
 Nachts ein Vertrauensvotum für die Fraktion
 angenommen.

— Die Hamburger Bürgerschaft hatte jede
 Unterstützung katholischer Gemeindefunkeln abge-
 lehnt. Der „Anzeiger für die katholische Geis-
 tlichkeit Deutschlands“ bemerkt nun dazu:

„Wäre es etwas Unmoralisches, wenn alle
 Katholiken über Hamburg den Boykott verhängen?
 Wir Geistliche sollten wenigstens zusammenstehen
 und in Hamburg so lange nichts mehr kaufen,
 als die Intoleranz gegen die katholischen Bürger
 fortbauert. Fast jede Woche werden uns ja von
 Hamburg aus alle möglichen Waaren angeboten;
 von jetzt ab sei die Parole: Alle Hamburger
 Restaurants und Cafés in den Papierkorb! Und
 wenn noch einer von uns eine Rechnung in Ham-
 burg zu bezahlen hat, so schreibe er bei Ein-
 nahme des Betrages auf den Kupon der Post-
 anweisung: Dies war die letzte Bestellung, so
 lange die Intoleranz der Hamburger Bürger-
 schaft gegen die Katholiken fortbauert. Ich bin
 überzeugt, daß dieses Mittel nicht verfeh-
 len wird, auf die Krämerseelen einen tiefen Eindruck
 zu machen.“

— Zur Frage der Konfession der Kinder aus
 gemischten Ehen wird aus Weimar berichtet:
 Die Staatsregierung hat soeben dem Landtage
 einen Gesetzentwurf über die konfessionelle Erzie-
 hung der Kinder aus gemischten Ehen und über
 den Religionswechsel vorgelegt, durch den das be-
 stehende Gesetz vom Jahre 1806 wesentlich ab-
 geändert wird. Hiernach kommt die Bestimmung,
 nach welcher die Konfession der Kinder vor der
 Erziehung durch gerichtliche Erklärung der Be-
 rathen bestimmt werden kann, in Wegfall. Es
 sollen fortan die Kinder der Konfession des Vaters
 folgen. Gestattet ist dabei, daß die Kinder auf
 väterlichen Wunsch auch der Konfession der
 Mutter folgen können, wenn dies vor Gericht er-
 klärt wird. Alle Kinder einer Ehe sind insofern
 in derselben Konfession zu erziehen. Nach dem
 Inkrafttreten des neuen Gesetzes geschlossene Ver-
 träge oder der Kirche gegebene Versprechen sind
 rechtlich verbindlich. Mit dem vollendeten 18.
 Lebensjahre kann Jedermann nach eigenem Be-
 lieben zu einer anderen Konfession übertreten.

Wien, 17. Februar. 4000 Interessenten
 nahmen nach einem Vortrage Hammersteins eine
 Resolution gegen die Tabaksteuer an.

Oesterreich-Ungarn.

Arco, 16. Februar. Erzherzog Albrecht ist
 1/2 Uhr Abends mit dem Sterbeframmenten ver-
 loren worden; die Katastrophe ist Nacht zu be-
 juchern.

Arco, 17. Februar. In dem Befinden des
 Erzherzogs Albrecht ist während der Nacht wieder
 eine Verschlimmerung nach einer Besserung einge-
 treten. Das Vormittags 10 Uhr ausgegebene
 Bulletin lautet: Der Erzherzog Albrecht ver-
 brachte die Nacht schlaflos. Der dritte Ernt-
 schmerzprozess der Lunge und des Herzens ist seit
 gestern Abend nicht weiter gegangen, aber die all-
 gemeine Schwäche hat zugenommen; die Expek-
 torationen sind flüchtig, insbesondere ist das
 Sinken der Herzthätigkeit bedenklich.

Prag, 17. Februar. Eine Versammlung
 von Judenfabrikanten Mittelböhmens beschloß,
 daß der Kubenbau mindestens um 15 bis 20 Prozent
 vermindert, daß die natürliche Rübenproduktion
 der Fabriken durchgeführt und eine vernünftige
 Vereinigung zur Erzielung einer erreichbaren
 Selbsthilfe angestrebt werden möge. Einmal ver-
 langt die Resolution dieselbe Hilfe, welche
 Deutschland seiner Industrie und Landwirtschaft
 gewähren will.

Pest, 17. Februar. Aus Gran wird ge-
 meldet: Der Primas steht gänzlich der jüngst ge-
 bildeten katholischen Volkspartei fern; er habe ihr
 keinerlei Unterstützung gewährt und werde auch bei
 den Wahlen ihr keine gewähren.

Frankreich.

Paris, 14. Februar. So oft die Politiker
 sich unbehaglich fühlen, so oft sie bemerken, daß
 die Kammer zum Regieren und Gesetzgeben un-
 fähig ist, der Parteipolitik wachst, die öffentlichen An-
 gelegenheiten stöcken, machen sie für alle diese Uebel
 das Wahlverfahren verantwortlich und suchen das
 Heil in einer Aenderung des Wahlsystems. 1881
 war Gambetta der vollständigste Mann in
 Frankreich und seine Partei die am weitesten ver-
 zweigte, die bestgegliederte, der straffsten Wahn-
 zucht unterworfen. Er drang auf die Einführung
 der Listenwahl, denn er versprach sich von dieser
 Vorteile für sich und seine Partei. Die Listen-
 wahl ist in der That einer Parteibilliar sehr
 ähnlich. Sie läßt dem Wähler das denkbar kleinste
 Maß von Freiheit. Sie raubt allen öffentlichen An-
 gelegenheiten eines einzelnen Wählers oder einer
 unabhängigen Gruppe vollständig die Möglichkeit
 des Erfolges. Sie begünstigt dagegen starke,
 trammende Gliederungen und sichert der Partei den
 Sieg, die zwar vielleicht nicht die meisten Anhän-
 ger, aber das dichteste Netz von entschlossenen Wäh-
 lern im Departement hat. Was hilft es
 den Wählern, wenn sie an einem Orte oder in
 einem Kreise gegen die gegnerische Partei antäupeln?
 Ihre unabhängige Vöthe kann gegen die nicht aufkom-
 men, für die von eifrigen Ausschüssen im ganzen
 Departement gleichmäßig gewirkt wird. Die
 Wahlen von 1881 waren denn auch gambettistisch.
 Aber schon 1885 wendete sich das Blatt. In-
 zwischen hatten die Monarchisten sich des neuen
 Werkzeugs zu bedienen gelernt, sie schufen eben-
 falls dauernde Einrichtungen, die sich über ganze
 Departements erstreckten, und der Erfolg war
 ihr bekannter Sieg von 1885; der ihre Zahl in
 der Kammer von 120 auf 220 brachte. Sofort fan-
 den die Republikaner, daß die Listenwahl eigentlich
 eine sehr schlechte Wahlmethode sei. Diese Über-
 zeugung verteilte sich in ihnen, als der Bonlan-
 gismus gefährlich zu werden begann, und sie
 beizien sich, ein neues Wahlsystem zu schaffen, das
 die Listenwahl wieder abschafft und die frühere

Methode der Wahl eines einzelnen Abgeordneten
 im einzelnen Kreise mit der Erziehung her-
 stellte, daß Niemand in mehr als einem Kreise
 als Bewerber solle auftreten dürfen. 1889 und
 1893 wurde nach dem System der Einzelwahl
 gewählt. Aber die Parteien sind mit dem Ergeb-
 nis wieder nicht zufrieden. An der Unfähigkeit
 der gegenwärtigen Kammer, an ihrer wachsenden
 Unbeliebtheit beim Volke soll das Wahlsystem
 schuld sein, und Herr Goblet hat sich bereit, seine
 Abschaffung und die Rückkehr zur Listenwahl zu
 beantragen. Die Stimmung des Parlaments ist
 dem Antrage günstig, und es ist nicht unmöglich,
 daß er demnächst angenommen wird. So wird
 die französische Wählerschaft in kurzen Zeit-
 abständen zwischen der Listen- und Einmannwahl
 hin und her geschaukelt, aber es kommt bei dieser
 Uebung nichts heraus. Das macht: es kommt
 nicht auf das Wahlsystem, sondern auf die
 Menschen an, diese aber bleiben sich gleich, ob sie
 nun einzeln oder hülfelweise mittels einer Liste
 gewählt werden.

Paris, 17. Februar. Wie schon vor einiger
 Zeit der „Figaro“ ankündigte, meldet heute die
 „Petite Republique“ die bevorstehende Rückkehr
 des Eminenziers Constant zur hohen Politik. Das
 sozialistische Blatt spricht sogar von der Mög-
 lichkeit eines Ministeriums Constant, das das Mi-
 nisterium Ribot ablösen würde. Das klingt doch
 vorläufig etwas unwahrscheinlich; aber sicher ist
 es, daß Constant, der Deguignes Boulevard, sich
 wieder in die aktive Politik zu lancieren sucht.

Der Kriegsminister hat den Ober-Militärarzt
 nach Dijon geschickt, wo nach Berichten der Blä-
 ter beim 27. Infanterie-Regiment innerhalb vier-
 zehn Tagen zwanzig Soldaten verstarben. Es
 scheint, daß die Truppen durch nächtliche Winter-
 marsche überanstrengt wurden, und daß die letzte
 des Regiments die Klagen sich leidend führender
 Soldaten nicht rechtzeitig beachteten. Der Oberst
 des Regiments hat einwilligen Zimmer-Arzt er-
 halten. Zwei Aerzte scheinen besonders belastet.

Italien.

Man weiß, wird dem „E. T.“ aus Rom
 geschrieben, daß die italienischen Radikalen für
 Deutschland nichts weniger als eine Schwäche be-
 sitzen, daß dieselben vielmehr durchaus nach dem
 geistlichen Frankreich gravitiren. Deste irre-
 führer ist es zu lesen, was die ultra-radikale
 „Italia del Popolo“ unter dem Titel „Die wahren
 großen Nationen“ über Deutschland schreibt.
 Das Mailänder Blatt vergleicht die verschwindende
 Zahl der Analphabeten in Deutschland mit der-
 jenigen der italienischen Analphabeten, die im
 Durchschnitt 60 Prozent der Bevölkerung aus-
 mache, und zwar in Mailand und Turin
 36 Prozent, im Süden von 65—95,7 Prozent.
 „Deutschland“, so schließt die „Italia del Popolo“,
 „das der Welt eine so glänzende Kulturstatistik
 vorlegen kann, Deutschland, das seinen Ruhm,
 seine Größe auf solcher Fortschrittsbahn aufbaut,
 darf sich fürwahr eine große Nation nennen, und
 sein Einfluß auf Europa ist ganz gerechtfertigt.“
 Der offiziösen „Riforma“ zufolge wird
 Giolitti am 23. Februar vor dem Untersuchungs-
 richter erscheinen.

Rom, 17. Februar. Der Papst empfing 400
 Pilger aus verschiedenen Diözesen. Die Pilger
 defilirten im Thronsaal vor dem Papste, welcher
 an jeden wohlwollende Worte richtete, wodurch
 der Empfang über eine Stunde dauerte.
 Hierdurch werden alle ungünstigen Gerüchte
 über das Befinden des Papstes widerlegt.

Großbritannien und Irland.

London, 17. Februar. In einer Rede, welche
 Lord Salisbury gestern im Klub der irischen
 „Royalists“ hielt, erklärte derselbe, die Einigkeit
 zwischen den Unionisten und Konfessionellen sei
 niemals stärker gewesen. Die Auflösung des
 Parlaments müsse wegen einer einzigen Fra e,
 der Homocules, geschehen. Das Oberhaus werde
 nach dem Votum des Volkes zu Gunsten Home-
 cules nicht widerlegen, wenn die Frage dem Lan-
 de klar unterbreitet würde.

Rußland.

Dank der Initiative des General-Gouverneurs
 von Kiew, Padoles und Wolhynien, Graf
 Ignatiow, ist dieser Tage von der Zentralre-
 gierung eine Entscheidung getroffen worden, welche
 etwa 200 000 Personen nicht-rußischer Nationalität
 von der bairgen Sorge für die nächste Zukunft
 befreit und zugleich aus dem von Gouvernemen-
 Wolhynien eine schwere ökonomische Krise ab-
 wehrt. Durch einen allerhöchsten Ukas vom
 März 1892 erfolgte die Verleihung, daß allen
 Personen ausländischer Herkunft, auch solchen,
 welche die russische Unterthanenschaft angenommen
 haben, in Zukunft verboten wird, sich im
 Gouvernemen Wolhynien außerhalb der städtischen
 Rayons anzusiedeln. Nur diejenigen, welche bis
 zum Erlaß des Ukases schon Landbesitz in Wol-
 hynien erworben hatten, sollten denselben weiter
 behalten und auch vererben können, und eben-
 so sollten schon bestehende Pachtverträge bis zum
 Ablauf ihrer Frist durch das neue Gesetz nicht
 alterirt werden. In der Praxis nun hat sich
 herausgestellt, daß die Personen ausländischer
 Herkunft im Gouvernemen Wolhynien meistens
 das Land nicht zu eigen besitzen, sondern es
 von den Gutsbesitzern pachten. Es sind dies
 ungefähre 35 000 Pächter, das heißt mit
 Einrechnung von deren Familienmitgliedern circa
 200 000 Seelen, die auf Grund des Ukases in
 kürzester Zeit von ihren Pächern zu weichen und
 in anderen Gouvernements einen Unterschlupf zu
 suchen hätten. Es ist klar, daß dieses die Mehr-
 zahl dieser Personen ruiniren würde und daß
 zweitens damit für die Gutsbesitzer des Gouver-
 nements Wolhynien unhaltbare Zustände ge-
 schaffen würden. Wenn schwere wirtschaftliche
 Schädigungen vermieden werden sollen, läßt sich
 eine beratige Maßregel nur allmählich durchführen,
 unter der Voraussetzung, daß zugleich systema-
 tische Fürsorge getroffen wird, rußische Bauern
 nach Wolhynien zu ziehen, welche die im Laufe
 der Zeit freierwerbenden Pächtern übernehmen.
 Dieses Letztere ist aber bisher unterlassen worden,
 so hat sich denn als Folge davon ergeben,
 daß seit dem Ukas von 1892 größere Öster in
 Wolhynien außerst schwer zu verkaufen sind und
 die Preise für Land bedenklich fallen. Die Guts-
 besitzer fürchten, daß sie eines schönen Tages ohne
 Pächter liegen werden und daß weiterhin auch der
 Absatz landwirtschaftlicher Produkte in vielen
 Gegenden gewaltig zurückgehen wird. Ganze
 Kolonienstädte würden bei strenger sofortiger An-
 wendung des Gesetzes gleichsam wie vom Er-
 doben verschwinden. Diesen Erwägungen hat

sich auch die Regierung nicht verschlossen, und
 so steht demnächst die Publikation eines Gesetzes
 zu erwarten, wonach Personen ausländischer
 Herkunft, die sich bis zum 15. März
 1892 in Wolhynien angesiedelt haben und
 in den Kleinbäuer- oder Bauerngemein-
 den angeschrieben sind, das Recht erhalten,
 ihre Pachtverträge, mögen dieselben auf schrift-
 licher oder mündlicher Vereinbarung beruhen, vom
 Tage der Publikation des neuen Gesetzes noch auf
 weitere zehn Jahre zu verlängern. Anschließend
 hieran erwähnen wir noch, daß ein Theil der
 Personen ausländischer Herkunft, die in Wolhynien
 Land gepachtet haben (etwa 1000), schon heute
 russische Unterthanen sind; die Zahl der aus-
 ländischen Unterthanen in den wolhynischen Dör-
 fern beträgt nur noch 33 834, d. h. etwa 1,3 Pro-
 zent der Gesamtbevölkerung.

Petersburg, 16. Februar. Nach einer
 Blättermeldung hat das Ministerium des Aus-
 wärtigen die endgültige Antwort der japanischen
 Regierung über den Abschluß eines russisch-
 japanischen Handelsvertrages auf der Grundlage
 der Meistbegünstigung erhalten. Der Vertrag soll
 allmählich in Kraft treten. Inzwischen wird Japan
 ein Kriminalgesetzbuch nach europäischem Muster
 ausarbeiten und es den europäischen Mächten vor-
 legen. Bis dahin werden die in Japan von
 russischen Unterthanen begangenen Verbrechen
 durch die russischen Konsuln abgeurtheilt. Der
 neue russisch-japanische Zolltarif soll einen Monat
 nach seiner Ratifikation in Kraft treten.

Türkei.

Konstantinopel, 16. Februar. Auf die
 energische Reklamation des französischen und des
 österreichischen Botschafters wurde der Ministerrat
 von Semid, auf dessen Befehl die Polizei un-
 berechtigter Weise in ein französisches Kloster
 eingedrungen war, dessen Prior insulirt und ge-
 fangen genommen wurde, weil dessen Diener
 einen Oesterreicher geschlagen hatte, abgefeht.

Asien.

Yokohama, 17. Februar. Eine verspätet
 eingetroffene amtliche Depesche aus Wei-hai-wei
 vom 13. d. M. meldet, Admiral To habe als
 Antwort auf das Anerbieten der Chinesen, sich zu
 ergeben, das Verlangen gestellt, daß der Seehafen
 geöffnet werde. Da der am 13. Februar, Morgen-
 8 Uhr, zurückgekommene Bote meldete, Admiral
 Ting habe in der Nacht vom 12. Februar
 Selbstmord begangen, sei die Verantwortlichkeit
 Mac Kure übertragen worden, mit dem Admiral
 To augenblicklich konfötre.

Städtisches.

Aus den Spezialberichten des städtischen
 Verwaltungsberichts pro 1893-94.

(Fortsetzung.)

Bei dem Stadtschulsaß sind erteilt worden:
 32 Konseje zum Betriebe der Gastwirtschaft,
 107 Konseje zum Betriebe der Schankwirt-
 schaft, 89 Konseje zum Betriebe des Wein- und
 Spirituosen, 46 Konseje zum Kleinhandel mit
 Speisewaren, 3 Konseje zum Selterswasserhand-
 el, 1 Konseje zum Handel mit Gärten, 1 Konseje zur
 Veranstaltung von Singpielen etc., 29 Konseje zur
 Ausstellung von beweglichen Dampfspeisen,
 18 Konseje zur Ausstellung von feststehenden
 Dampfspeisen, 2 Konseje zur Ausstellung von
 Schiffs-Dampfspeisen, 16 Konseje zur Anlage
 von Reiseläusen, 2 Konseje zur Anlage
 einer Theatervorstellung und Dampfpumpenfabrik. Von
 diesen 406 Konsejen sind 393 nach Anhörung
 der beteiligten Behörden ohne weiteres Streit-
 verfahren erteilt, und in den übrigen 13 Fällen
 ist die Genehmigung nach vorausgegangener Ver-
 handlung durch Erkenntnis erfolgt. Außerdem
 sind 32 Konsejgesuche durch Erkenntnis abge-
 wiesen und 44 vor Ergehen eines Endurtheils
 zurückgenommen worden. — In Armen-Ange-
 legenheiten sind 3 Urtheile ergangen.

Die Feuerwehrt ist zu Neuern 264 mal
 (189 mal im Vorjahre) alarmirt, im April 2,
 Mai 19, Juni 18, Juli 28, August 15, Septem-
 ber 16, Oktober 23, November 20, Dezember 23,
 Januar 40, Februar 22, März 19, im Ganzen
 264 mal. Außerdem wurde ihre Hilfe in An-
 spruch genommen: 42 mal bei Schäden an der
 Wasserleitung, 2 mal bei Gasausströmungen, 3
 mal beim Einsturz von Gebäudetheilen. Es haben
 stattgefunden: 24 Große Feuern, zu der n Unter-
 werden mehr als ein Schlandrohr angewendet
 werden mußte, 29 Mittelfeuer, welche mittels
 eines Schlandrohrs gelöscht wurden, 119 Klein-
 feuer, welche mittels der Handspitze bzw. einer
 Wasser gelöscht wurden, 28 Schornsteinbrände,
 und 64 Alarmierungen, bei welchen Feuer überhaupt
 nicht vorgegangen wurde.

In der Organisation der Straßen-
 Reinigung hat sich nichts geändert, die ge-
 samte Stadt ist in vier Reinigungsbezirke getheilt.
 Täglich mußten im Durchschnitt 547 689 Quadrat-
 meter gereinigt werden bei einer Gesamtstraßen-
 fläche von 1 260 755 Quadratmetern und einer
 Straßenzahl von 744 Kilometern. Zur Straßen-
 besprengung besitzt die Stadt 25 Sprengwagen, 2
 davon neu beschafft, mit denen jede Woche in der
 Zeit vom 1. April bis 31. Oktober jeden Tag
 2 Mal gründlich besprengt wurde, soweit die
 Witterung es erfordert. Einzelne Straßentheile
 wurden auch häufiger besprengt. Die Besprengung
 ist ebenfalls bis zum 31. März 1897 an einen Un-
 ternehmer vergeben. Die Stadt ist in 22 Spreng-
 reviere getheilt, in denen je 1 Sprengwagen geht,
 3 Wagen stehen in Reserve. Es wurden 97 967
 Kubikmeter Wasser verwendet. Die Schneefahrt
 ist an den Reichthabfuhr-Unternehmer vergeben,
 welcher pro Fuhr zu 2 Kubikmetern 1,25 Mark
 erhält; doch wird ihm täglich die durchschnittliche
 Reichthabfuhrzahl aus den schneefreien Monaten
 abgerechnet, im Betriebsjahr also 40 1/2 Fuhr
 pro Tag. Der Reichthabfuhr-Unternehmer muß,
 wenn die Reichthabfuhr nicht geben können, täg-
 lich pro Gehpann 15 Kubikmeter Schnee abfahren,
 soweit die Gehpanne nicht den neu beschafften
 Schneepflug ziehen. Für die Schneefahrtung
 war die Stadt in 23 Reinigungsbezirke einge-
 theilt. Im Winter 1893/94 sind im Ganzen
 5493 1/2 Fuhr gleich 10 987 Kubikmeter (gegen
 10 289 Fuhr gleich 10 578 Kubikmeter im
 Vorjahre) abgefahren, von denen 2136 1/2 mit
 2670 Mark bezahlt wurden. An Hilfsarbeitern
 bei Schneefahrt waren bis 201 Mann an einem
 Tage angenommen; im Ganzen wurden dafür
 4471 Mark ausgegeben.

Bei der Feuer-Sozietät betrug die
 Zahl der versicherten Grundstücke am Jahres-
 wende 1501. Die Gesamtsumme des Versicherungs-
 werthes ist von 80 935 290 Mark auf 81 436 624
 Mark gestiegen. Der Versicherungsbeitrag ist, wie
 im vorigen Jahre, in Höhe von 20 Pf. pro 300
 Mark und Jahr verbleiben und hat eine Einnahme
 von 54 124,27 Mark ergeben. An Brandentschä-
 digungen sind in 46 Fällen 47 731,24 Mark Ent-
 schädigungen gezahlt worden.

Bei der Sparkasse betrugen die Einlagen
 ult. 1892 26 032 622,89 Mark, hierzu 1893 neu
 belegt und nicht abgehobene Zinsen 8 493 774,92
 Mark, sind 34 526 397,81 Mark. Zurückgezahlt
 ult. 1893 6447 111,27 Mark. Die Einlagen be-
 trugen also 1893 28 079 286,54 Mark und haben
 sich vermehrt um 2 046 663,65 Mark. Das Ver-
 mögen der Sparkasse bestand ult. 1893 nach dem
 Buchwerthe der Effekten 30 574 287 Mark. Nach
 Abzug der Einlagen von 28 079 286,54 Mark,
 verbleibt im Reservefonds 2 495 000,46 Mark,
 ult. 1892 betrug derselbe 2 272 387,08 Mark, mit-
 hin ult. 1893 mehr 222 613,38 Mark. Die
 größte Einzahlung von 374 Stück am 30. Juni 1893
 betrug 104 558,06 Mark, die größte Rückzahlung
 von 182 Stück am 2. Oktober 1893 161 589,40
 Mark. Bei den Annahmefällen sind im Ganzen
 423 Einzahlungen mit 35 019,40 Mark gegen im
 Vorjahre 978 Einzahlungen mit 35 514,32 Mark
 gemacht, also im Jahre 1893 555 Einzahlungen
 mit 494,92 Mark weniger. Der Hauptbetrag hat
 die Annahmestelle V. Kronprinzenstraße Nr. 1 —
 Brockmann — mit 10 964,55 Mark erzielt.
 (Schluß folgt.)

Stettiner Nachrichten.

Stettin, 18. Februar. Nachdem durch
 kaiserliche Verordnung das Inkrafttreten der
 Sonntagsruhe-Vorschriften für
 Industrie und Handwerk auf den 1.
 April d. J. festgesetzt ist, werden sich die von
 ihnen betroffenen Gewerbetreibenden darauf ein-
 richten müssen. Das Gewerbe muß sehen, die
 Befolgung der Vorschriften ohne oder ohne große
 Störung des Betriebes zu ermöglichen. Dabei
 wird es zunächst darauf ankommen, sich möglichst
 eingehend mit den Ausnahmefällen vertraut zu
 machen, welche vom Bundesrathe auf Grund
 des § 105 d. Gewerbeordnung erlassen sind,
 und die Betriebsweise darauf einzurichten. Für
 eine ganze Reihe von Berufszweigen jedoch würden
 sich die etwa nothwendig werdenden Betriebs-
 änderungen erst dann endgültig herausstellen,
 wenn die höheren Verwaltungsbehörden von ihrer
 Befugnis zum Erlaß von Ausnahmestimmungen
 Gebrauch gemacht haben. Hierauf wird, wie
 verschiedentlich berichtet wird, in manchen Ge-
 werbetreibenden bereits gewartet. Allgemein ein-
 gerichtet konnten sich die Gewerbetreibenden früher
 schon auf die Sonntagsarbeiten, welche durch den
 § 105 c. der Gewerbeordnung ausdrücklich zuge-
 lassen sind, und vor es bisher unterlassen hatte,
 sollte damit nicht länger säumen; denn gerade
 bei den Bewachungs- und Instandhaltungsarbeiten,
 bei den Arbeiten zur Verhütung des Verberbens
 von Kiststoffen und des Wüthens von Arbeits-
 ergebnissen u. s. w. wird eine dauernde Regelung
 im Interesse der Arbeiter am Plage sein. Es
 wird darauf ankommen, die Arbeitsschichten so
 einzurichten, daß die Arbeiter möglichst gleich-
 mäßig von der Sonntagsruhe Bertheil haben.
 Solange diese Arbeiten die Dauer von drei
 Stunden nicht überschreiten oder die Arbeiter am
 Gottesdienst nicht hindern, sind besondere Maß-
 nahmen zu Gunsten der Arbeiter weiter nicht
 nöthig. Auf jeden Fall aber hat der Arbeitgeber
 für diese Arbeiten besondere Listen anzulegen,
 welche den Gewerbeaufsichtsbäumen jeder Zeit
 zur Einsicht vorzulegen sind. Es wird also diese
 Arbeitsregelung ganz genau überwacht werden
 können.

* Zur Feier des 13. Stiftungsfestes veran-
 staltete gestern der Kaufmännische Turnverein in
 der reich geschmückten Turnhalle Fichtestraße Nr. 3
 ein Schauturnen. Unter dem außerordentlich
 zahlreich erschienenen Publikum bemerkte man be-
 sonders viele Mitglieder des Stettiner Turn-
 vereins, dessen Vorsitzender, Herr Oberlehrer Pro-
 fessor Dr. Kahl gleichfalls erschienen war. Auch
 der Vertreter des Ober-Turnganges, Herr Professor
 Dr. Schmolting wohnte der feierlichen Veran-
 staltung bei. Wenige Minuten nach 4 Uhr mar-
 schirten 45 Turner mit Fackel in der Halle und
 nahmen nach einem in geistlichen Formen gehal-

Special-Preisliste versendet in geschloss. Couvert
ohne Firma gegen Einsendung von 20 \mathfrak{M} in Marken.
W. H. Mielek, Frankfurt a./M.